



STAATSKANZLEI

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Monika Fuhr
Sprecherin der Landesregierung
Telefon 06131 16-4720
Telefax 06131 16-4091

Giuseppe Lipani
Stellvertretender Sprecher
der Landesregierung
Telefon 06131 16-5701
Telefax 06131 16-4666

pressestelle@stk.rlp.de

Peter-Altmeier-Allee 1
55116 Mainz

**Regierungserklärung
von Ministerpräsidentin Malu Dreyer
am 23. September 2015**

**Solidarität und Perspektiven – Flüchtlingsaufnahme
in Rheinland-Pfalz**

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Präsident,

meine sehr verehrten Herren und Damen,

in diesen Tagen habe ich Menschen getroffen von denen man **gar nicht laut genug** berichten kann. Eine Frau aus Jugenheim, die sich ehrenamtlich als Patin um eine junge Syrerin kümmert. Ein südpfälzischer Unternehmer, der einem Flüchtling aus Zentralafrika als Azubi in seiner Autowerkstatt eine **Perspektive** gibt. Ehrenamtliche Helfer unserer **Katastrophendienstorganisation**, die in Idar-Oberstein in zwei Stunden 150 Betten für neu angekommene Flüchtlinge aufbauen.

Es sind **hunderte, tausende, zehntausende** Menschen alleine in unserem Land Rheinland-Pfalz, die Menschen in Not helfen. Es sind **engagierte** Bürger und Bürgerinnen, **tolle** Menschen, die nicht lange warten und nicht lange fragen, sondern mithelfen. Unbürokratisch, spontan, mit **viel Herz** und noch **mehr Mitgefühl**. Darauf bin ich stolz.

Ich bin stolz auf ein Land, in dem solche Menschen leben. Das **ist mein Land**. Das ist unser **Land**. **Das ist Rheinland-Pfalz**.

Und ich **danke** all den helfenden Menschen aus ganzem Herzen für ihr Engagement. Ich denke, das kann ich auch im Namen von uns allen hier im Parlament sagen: Rheinland-Pfalz **beweist** durch die Bürger und Bürgerinnen in diesen Tagen

seine **moralische Stärke** und **Kraft**. Herzlichen Dank dafür auch im Namen der Landesregierung.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen, wir stehen bei der Aufnahme von Flüchtlingen vor einer Herausforderung, die alles **Gewohnte** übersteigt. Allein in Rheinland-Pfalz sind seit Beginn dieses Jahres fast 22.000 Menschen angekommen. Und es werden täglich mehr. Sie haben einen beschwerlichen Weg auf sich genommen, um Krieg, Gewalt, Not aber auch Perspektivlosigkeit zu **entkommen**. In Deutschland sind es in diesem Jahr bisher über eine halbe Million.

1.) **Wir nehmen die Herausforderung an**

Menschen, die diese Bilder im Fernsehen sehen, fragen **sich** und sie fragen auch **mich**: Welche Auswirkungen haben diese enormen Flüchtlingszahlen auf unser Land? Was bedeutet das für mich? Wie geht es weiter?

Diese **Sorgen** und Fragen nehme ich **sehr ernst**. **Ja**, die Herausforderung ist **enorm**; wir erleben gerade den größten Zuzug von Flüchtlingen **seit** dem **Zweiten Weltkrieg**. Wir haben eine **große** Aufgabe zu bewältigen. Es ist eine **schwierige** Aufgabe und es wird auch Enttäuschungen geben und für manches werden wir auch mehrere Anläufe brauchen. Aber ich bin überzeugt: Wir **meistern** diese Aufgabe. Wir

handeln mit **Herz** und Verstand. Wir packen wie die Menschen in unserem Land **mutig** und auch mit und auch mit viel Freude an. Und wir sehen auch die Chancen für uns und unsere Gesellschaft.

Es ist eine Aufgabe an unsere **gesamte** Gesellschaft. Aber ich **versichere** Ihnen, keiner wird **weniger** haben, weil wir Menschen in Not helfen: wenn es um **Jobs** und **Arbeit** geht, wenn es um Wohnen und Leben geht, wenn es um **Bildung** und **Soziale Gerechtigkeit** geht. Wir unterstützen **alle**, die es dabei schwerer haben als andere, gezielt und in großer Solidarität.

Lassen Sie uns also zusammenstehen. Lassen Sie uns die notwendigen Entscheidungen gemeinsam treffen. Lassen sie uns unser Land gemeinsam formen und Chancen ergreifen. Wir haben das Herz, die Kraft und die Voraussetzungen dazu.

Meine sehr verehrten Herren und Damen,
Die Bilder, die wir jeden Abend im Fernsehen sehen, sind **entsetzlich**. Bilder aus Ungarn, Serbien, Griechenland müssen engagierten Europäern und Europäerinnen die Schamesröte ins Gesicht treiben. Das Bild des ertrunkenen dreijährigen syrischen Jungen ist zum **Synonym** dafür geworden, dass Männer, Frauen und Kinder auf der Flucht große Gefahren auf sich nehmen und viele auf ihrem Weg zu uns sterben.

Viele **ältere** Menschen erklären mir, dass durch diese Bilder auch Erinnerungen bei ihnen wach werden. Sie erinnern sich, dass unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg Millionen kamen, weit mehr Menschen als heute. Sie flohen damals, weil Deutschland Europa mit Mord, Krieg und Elend überzogen hatte. Ich weiß, in der Geschichte, ist nichts vergleichbar. Aber war es nicht so, dass unser damaliges Westdeutschland anfangs fast überfordert war von so vielen Flüchtlingen? Und war es aber nicht so, dass Deutschland diese Situation gut bewältigt hat? Wirtschaftlich und gesellschaftlich?

Unser Land hat damals **Offenheit** gelernt. Manchmal **mühsam**, manchmal hat es auch **gedauert**, aber die Solidarität war überwältigend – damals wie heute. Und mal ehrlich: Ist es nicht genau diese über Jahrzehnte erlebte **Vielfalt**, die uns - gepaart mit Kompetenz, Kreativität und viel Herz und viel Tatkraft - heute auch so stark macht? Sicher, es gibt mehr kulturelle Unterschiede, aber unser Land ist auch viel internationaler als vor 70 Jahren.

Immer wenn ich mich mit **älteren Menschen** darüber unterhalte, merke ich wie sehr sich unsere deutsche Geschichte in unser gemeinsames Gedächtnis eingepägt hat. Sie ist so etwas geworden wie kollektive Erfahrung. Wer jetzt trotzdem denkt, damals kamen ja Deutsche oder Deutschstämmige dem sage ich:

Erinnern wir uns an die Lehren, die wir gemeinsam gezogen haben nach der Katastrophe des Faschismus, der Zerstörung und des Kriegs, den Deutschland über Europa und die Welt gebracht hat. Wir haben nicht nur Probleme bewältigt, sondern wir haben auch neue Ziele entwickelt. Das „Nie wieder“ hat uns geleitet: Zunächst in sehr kleinen Schritten, später mutiger, schließlich konsequent. Diese Perspektive war und ist – und aus meiner Sicht bleibt sie auch die einzige: Europa.

Ich war in meinem Leben nie der Mensch, der immer nur Probleme oder Rückschläge gesehen hat. Ich sehe Herausforderungen, ja, ich sehe aber auch Perspektiven, sogar Chancen.

Jetzt und heute ist sicher die **menschenwürdige Aufnahme** unsere drängendste Herausforderung. Ich denke weiter: Über Sprache lernen, über Anpacken dürfen, über Heimat finden für die, die bleiben dürfen – mitten unter uns anderen Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälzerinnen. Diese Menschen werden in unserem Land mit unserer Hilfe eine neue Heimat und eine neue Zukunft finden.

Ich danke **allen**, die in diesen Wochen im Auftrag des Landes, in unseren **Behörden** und **Verwaltungen**, so hervorragende, engagierte Arbeit leisten. Die grandiose Hilfsbereitschaft aus der Bevölkerung ist das eine. Aber die **Hauptverantwortung** und Hauptlast - oft buchstäblich Tag und Nacht - liegt bei den

Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in den Aufnahmeeinrichtungen, bei den extrem belasteten Sachbearbeitern und Sachbearbeiterinnen in den Ämtern, bei den Polizisten und Polizistinnen, und bei den kommunal Verantwortlichen, bei den Bürgermeistern und Landräten. Und ich nenne natürlich auch das DRK, die Johanniter, ASB, Malteser, THW sowie die Feuerwehr, die Soldaten und Soldatinnen. Sie alle arbeiten rund um die Uhr und sie zeigen ein sehr freundliches und hilfsbereites Bild von unserem Land. Da draußen sind leider auch Populisten, Rechte, Rattenfänger. Sie schüren Ängste. Deshalb sind wir glasklar: null Toleranz gegenüber Hetzern und Brandstiftern, Gewalttätern und Menschenhassern. Die Regeln und Gesetze in unserem Land gelten selbstverständlich für alle, und zwar gleichermaßen. Der Innenminister und unsere Ordnungskräfte haben meine volle Unterstützung diese durchzusetzen.

2. Rheinland-Pfalz organisiert Aufnahme und Versorgung

Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen, in der Landesregierung arbeiten **alle** Ressorts eng zusammen und ziehen an einem Strang. Das gilt natürlich in **erster Linie** für das Integrations- und das Innenministerium, aber alle Ministerien sowie die ADD verstärkt durch den „Führungsstab Fluchtaufnahme“, den ich in der ADD eingerichtet habe, um die

Flüchtlingsaufnahme zu koordinieren, zu organisieren und zu bündeln. Sie alle leisten ganze Arbeit.

Wir haben auf den stetig anwachsenden Personalbedarf in den Flüchtlingseinrichtungen mit **neuen Stellen** im Nachtragshaushalt reagiert. Zudem haben sich spontan über 280 Landesbedienstete gemeldet, um die Arbeit der Flüchtlingsaufnahmebehörden zu verstärken! Und auch Ihnen **gilt unser herzliches Dankeschön!**

Ergänzend sollen die Aufnahmeeinrichtungen Unterstützung durch **Pensionäre und Pensionärinnen** erhalten, die sich freiwillig mit ihren beruflichen Erfahrungen einbringen möchten. Rheinland-Pfalz hat die Kapazitäten zur Erstaufnahme vervielfacht

Rheinland-Pfalz hat bei der Unterbringung innerhalb **kürzester Zeit** die **Kapazitäten** zur Erstaufnahme vervielfacht. **2012** hatten wir **700** Plätze, heute bringen wir bereits deutlich über 8.000 Menschen in der Erstaufnahme unter. Bis zum **Jahresende** könnten es bis zu 15.000 Menschen sein. Wir haben den Anspruch, dies im Winter ohne Stoffzelte zu schaffen. Wenn die Dynamik so weiter geht, werden wir aber die winterfesten Zelthäuser mit Seitenwänden, Fußboden und Heizung nutzen müssen. Wir schaffen heute innerhalb weniger Tage so viele Plätze, wie wir 2012 insgesamt hatten.

Ich weiß, dass die Verhältnisse in vielen Erstaufnahmeeinrichtungen derzeit beengt sind. Bei vielen Besuchen dort habe ich mir selbst ein Bild davon gemacht. Diese Enge lässt sich für eine Übergangszeit nicht verhindern. Da unterscheiden wir uns auch nicht von anderen Bundesländern. Ich sehe bei den Besuchen aber auch, dass Hauptamtliche wie Ehrenamtliche mit Hochdruck daran arbeiten, dass die Menschen gut versorgt werden.

Ein Punkt ist mir hier noch wichtig zu sagen: Es ist kritisiert worden, zu viele Standards verzögerten die Unterbringung unnötig. Richtig ist: Standards sind kein Selbstzweck. Dort, wo sie vermeiden, dass die Gesundheit oder das Leben der Menschen gefährdet werden, wie etwa beim Brandschutz, dort sind sie allerdings unverzichtbar. Geht es dagegen um andere Anforderungen, wie zum Beispiel bei der Auftragsvergabe, handeln wir unbürokratisch und haben umgehend die Spielräume für eine beschleunigte Auftragsvergabe erweitert.

Morgen bei dem Bund-Länder-Treffen in Berlin werde ich mich für weitere Erleichterungen einsetzen. Wir haben bereits im August hierzu mit Niedersachsen eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die Bundesregierung hat das mittlerweile aufgegriffen.

Unser Ziel ist es, die Erstaufnahmekapazitäten so weit auszubauen, dass wir **Flüchtlinge ohne dauerhafte**

Bleibeperspektive – aktuell sind das vor allem die Asylbewerber vom Westbalkan – vor ihrer Ausreise gar nicht erst auf die Kommunen verteilen müssen. Davon sind wir nicht nur aufgrund des aktuellen Zustroms zurzeit noch entfernt. Zentral ist dabei eben auch die Verfahren des Bundesamtes deutlich zu verkürzen. Nur wenn wir hier schneller Klarheit haben, können Länder und Kommunen gemeinsam die Herausforderungen auch bewältigen.

Rheinland-Pfalz sorgt für eine gute Gesundheitsversorgung

Ein wichtiges Thema für uns, das ist auch die gute Gesundheitsversorgung der Flüchtlinge. Um der Flüchtlinge Willen, aber auch zum Schutz der Helfer und Helferinnen und unserer Bevölkerung.

Um die Erstuntersuchung zügig vornehmen zu können, kümmern sich unsere Gesundheitsämter nun dezentral darum. Das hat die Kapazitäten und das Tempo deutlich erhöht. Aufgrund des großen Zustroms in den letzten Wochen gab es zunächst einen Engpass bei den Röntgenuntersuchungen. Auch hier haben wir durch eine gezielte Ausweitung auf mehrere Ämter eine Beschleunigung erreicht. Und für die nötigen Erstimpfungen haben wir ein landesweites Programm aufgelegt, inklusive einer zentralen Bestellung der Impfstoffe für die kommunalen Gesundheitsämter.

Was die sonstige medizinische Versorgung der Flüchtlinge angeht, so ist das noch zu bürokratisch. Die Menschen müssen zunächst zum Sozialamt, bevor sie zum Arzt gehen dürfen. Das bindet Kräfte, die wir dringend an anderer Stelle brauchen.

Hier hat der Bund bislang seine Zusage noch nicht ausreichend erfüllt, das bislang bekannte reicht uns nicht. Deswegen handeln wir nun auch selbst. Nach dem Vorbild anderer Länder werden wir auch in Rheinland-Pfalz die Bedingungen dafür schaffen, dass Kommunen Asylsuchenden eine Gesundheitskarte ausgeben können. Eine solche Karte ändert nichts an der Versorgung der Flüchtlinge, da geht es nicht um einen Rundumschutz, sondern es geht nur um das Nötigste. Dabei aber reduziert sie Bürokratie und doppelte Arbeit.

3. Rheinland-Pfalz setzt auf Integration

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

momentan steht die gute Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge im Vordergrund. Aber wir bereiten auch von Beginn an den nächsten Schritt vor: Nämlich die Integration in unsere Gesellschaft und unseren Arbeitsmarkt.

Integration wird nur gelingen, wenn alle Beteiligten zusammenwirken. Dazu gehören natürlich auch die Betroffenen. Das sind neben der Politik auch die Gesellschaft

und die Wirtschaft. Dazu müssen wir jetzt keine neuen Kooperationen erfinden, nicht wir hier in Rheinland-Pfalz. Wir müssen die vorhandenen verstärken. In Rheinland-Pfalz gehen wir längst mit gutem Beispiel voran. Nicht erst jetzt, nicht nur wegen der Flüchtlinge: In Rheinland-Pfalz gibt es den „Pakt für Rheinland-Pfalz“!

Vor zwei Tagen, am Montag, hat das jüngste Treffen stattgefunden. Dort haben Landesregierung, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmerverbände und Sozialverbände und NGOs weitere Zusammenarbeit vereinbart. Der „Pakt für Rheinland-Pfalz“ ist auch ein Signal an die gesamte Gesellschaft. Ohne die Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft wird Integration nicht gelingen. Und bei uns gibt es eben dieses Bekenntnis durch die Paktmitglieder. Darüber bin ich froh und deshalb habe ich die Bundeskanzlerin bereits während der Sommerferien gebeten, einen solchen Pakt, einen nationalen Integrationspakt, auch bundesweit zu etablieren.

Integration durch Sprache

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

der Schlüssel zur Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. **Sprachförderung für Flüchtlingskinder** gibt es in Rheinland-Pfalz bereits in den Kindergärten. Auch in unseren Schulen lernen die Flüchtlingskinder bis zu 20 Stunden pro

Woche in auf sie zugeschnittenen Sprachkursen Deutsch und nehmen stundenweise am gemeinsamen Unterricht teil.

In diesem Schuljahr werden insgesamt 235 Deutsch-Intensivkurse angeboten. Dies sind 84 mehr als noch im vergangenen Schuljahr. Unsere Erfahrungen sind ziemlich gut.

Unsere Lehrer und Lehrerinnen engagieren sich vorbildlich. Wir haben das eben gehört von der Bildungsministerin. Sie haben das Herz am rechten Fleck, als Pädagogen und Pädagoginnen handeln sie mit Kopf, Herz und Verstand.

Erwachsene Flüchtlinge erhalten erste Deutschkurse bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen. Zudem stehen ihnen Kurse der Volkshochschulen offen. Für sie muss der Bund – wie versprochen – aber auch dringend seine Integrationskurse weiter öffnen. Ich betone das hier auch nochmal, das liegt in der Verantwortung des Bundes. Wir werden darauf bestehen, dass die Integrationskurse wirklich geöffnet werden und das Wort gehalten wird.

Integration durch Arbeit und Ausbildung

Nach dem Erwerb der Sprache ist die rasche Vermittlung in Ausbildung und Arbeit der nächste Schritt. Arbeit gibt Perspektive und Selbstwertgefühl. So ist es bei den Rheinland-Pfälzern und Rheinland-Pfälzerinnen und so ist es auch bei den meisten Menschen, die zu uns kommen.

Meine Landesregierung ist eine Landesregierung der Chancengerechtigkeit. Das gilt für die neuen Nachbarn wie auch für die alten: Wir brauchen Menschen, die bereit sind, die Ärmel hochzukrempeln und unser Land nach vorne zu bringen.

Schon im Frühjahr haben wir als erstes Bundesland mit der Bundesagentur für Arbeit im Frühjahr beschlossen, berufliche Kompetenzen bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen zu erfassen. Dort erhalten Flüchtlinge mit einer hohen Bleibeperspektive Informationen zum deutschen Arbeitsmarkt.

In anschließenden Einzelberatungen werden ihre Kompetenzen erfasst. Diese Daten werden an die Agentur für Arbeit weitergeleitet, die dann individuelle Beratungsgespräche durchführt. Bisher wurden Projekte in den Aufnahmeeinrichtungen Trier und Ingelheim initiiert. In den ersten drei Monaten nach Projektstart wurden insgesamt rund 1.400 Menschen beraten und von 430 Daten aufgenommen.

Auch viele weitere Arbeitsmarktprogramme und -projekte wurden zielgerichtet für Flüchtlinge erweitert: Ich nenne nur unsere Aktivitäten beim Beschäftigungspiloten, beim Förderansatz „Fit für den Job“ und Projekte des Flüchtlingsnetzwerks, für die wir gemeinsam mit Handwerkskammern und der Bundesagentur für Arbeit das Programm „Coach für betriebliche Ausbildung“ erweitert haben. Auch die Welcome Center Rheinland-Pfalz, die seit März 2015

bei den Industrie- und Handelskammern angesiedelt sind, stehen Flüchtlingen als Anlaufstelle bei Fragen zur Verfügung.

Seit Ende August haben sich die Zuwanderungszahlen dramatisch erhöht. Ich habe deswegen für heute Morgen zu einer **Sondersitzung des Ovalen Tisches** eingeladen. Wie auch sonst in der Arbeitsmarktpolitik gilt auch hier, dass wir nur erfolgreich sein werden, wenn alle Beteiligten zusammenwirken. Und ich bin froh, dass wir in Rheinland-Pfalz mit dem Ovalen Tisch eine Institution haben, in der Landesregierung, die Gewerkschaften, die Unternehmerverbände, die Kammern, die Bundesagentur für Arbeit und die Sozialverbände konstruktiv und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Dafür gilt Ihnen auch mein herzlicher Dank.

Wir haben uns heute Morgen auf einen umfangreichen Aktionsplan verständigt. Der sieht eine Reihe von ganz konkreten Maßnahmen der einzelnen Partner für die Flüchtlinge vor:

Die Wirtschaftsverbände und Kammern werben bei ihren Mitgliedsbetrieben für Praktika, Einstiegsqualifizierungen und Ausbildungsplätze. Die Handwerkskammern sind bereit, bis zu 400 Praktikums- und Ausbildungsplätze im Handwerk zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung wird ebenfalls bis zu 200 Praktikumsplätze und auch Ausbildungsplätze für junge Flüchtlinge bereitstellen. Die Bundesagentur für Arbeit wird

insbesondere die Aufnahme der Einstiegsqualifizierung und des Berufsorientierungspraktikums vereinfachen. IG BCE und Arbeitgeber in der chemischen Industrie wollen das Eingliederungsprogramm „Start in den Beruf“ für junge Flüchtlinge öffnen.

Die Vereinbarungen vom Ovalen Tisch sind sehr konkret. Es sind abgestimmte Maßnahmen, die ineinandergreifen: Sie bilden eine Kette von der Kita über Schule die Berufsausbildung bis zum Beruf. Die Instrumente reichen von Programmen, die ich bereits genannt habe, wie die individuelle Kompetenzerfassung in den Erstaufnahmeeinrichtungen, den flächendeckende Einsatz des „Beschäftigungspiloten“, den „Flüchtlingsnetzwerker“ bis zu Einsteiger-, Sprach- und Integrationskurse. Mit einem 5-Punkte-Programm soll die Aufnahme eines Studiums an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ermöglicht werden. An dieser Stelle möchte ich das Engagement unserer Hochschulen auch ausdrücklich loben. Auch begleitet und unterstützt die Landesregierung unsere Unternehmen bei der Ausbildung und Integration von Flüchtlingen. Auch wenn es natürlich wichtig ist, die Flüchtlinge selbst auf Ausbildung und Arbeitsaufnahme vorzubereiten, sind es letztlich die Unternehmen, die Flüchtlinge in ihren Betrieb integrieren.

Noch einmal auf Bundesebene wird sich die Landesregierung im Einvernehmen mit Wirtschaft und Gewerkschaft für ein

mindestens fünfjähriges Bleiberecht einsetzen, um Betrieben, die Flüchtlinge ausbilden, die nötige Planungssicherheit zu geben. Das war ein Punkt, der heute Morgen wieder mit großer Geschlossenheit gefordert worden ist.

Integration durch Wohnen

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

zur Integration müssen die Flüchtlinge unsere Sprache lernen und in unseren Arbeitsmarkt integriert werden. Viele von ihnen werden unsere Nachbarn, Kollegen und auch Freunde werden. Sie werden mit uns zusammen in Rheinland-Pfalz leben und wohnen.

Das macht es auch notwendig, verstärkt die Wohnungspolitik ins Auge zu nehmen. Wir haben ohnehin in Deutschland den Trend, dass der Wohnraum in Städten immer teurer wird. Jetzt kommen noch viele Flüchtlinge zu uns und sie haben natürlich auch das Recht auf eine gute und bezahlbare Wohnung. Deswegen brauchen wir mehr sozialen Wohnungsbau und mehr Wohnraum mit bezahlbaren Mieten – für alle Menschen in unserem Land! Ich begrüße, dass die Bundesbauministerin Barbara Hendricks sich für ein Wohnungsbauprogramm des Bundes mit 350.000 Wohnungen in den nächsten Jahren ausgesprochen und als Vorschlag für den Gipfel eingebracht hat. Sodass ich hoffe, dass das morgen auch eines der Ergebnisse sein wird.

Auch die Landesregierung tut viel, damit die Menschen in Rheinland-Pfalz gut wohnen können. Für die Landesregierung steht das Thema bezahlbarer Wohnraum grundsätzlich auf der Agenda. Nicht erst im Zusammenhang mit der Flüchtlingsfrage. In unserem Koalitionsvertrag heißt es dazu: „Wir werden die Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Rheinland-Pfalz fortsetzen und den aktuellen Erfordernissen anpassen.“ Die aktuellen Erfordernisse habe ich eben klar umrissen. Mir ist wichtig, auch an dieser Stelle deutlich zu machen, dass das eine Bemühen nicht gegen ein anderes steht. Unser Ziel ist bezahlbarer Wohnraum für alle Menschen in diesem Land, nicht nur für die Flüchtlinge!

Liebe Kollegen und Kolleginnen,

beim Wohnen und der Unterbringung sind unsere Kommunen extrem gefordert. Sie leisten hier ganze Arbeit. Auch ihnen gilt mein Dank!

Die Landesregierung hat die Unterstützung der Kommunen bei der Unterbringung von Flüchtlingen ausgeweitet. Das Finanzministerium hat hierzu ein Kreditprogramm für Investitionen zur Instandsetzung, Modernisierung und Errichtung von Wohnraum für Flüchtlinge entwickelt, das über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) aufgelegt wurde.

Dabei war zunächst ein Kreditvolumen von 20 Mio. EUR vorgesehen, aber die Nachfrage war so rege, dass es auf 40 Mio. EUR aufgestockt wurde. Zudem wurde ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnraum für Flüchtlinge und Asylbegehrende durch Darlehen der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz aufgelegt, das sich an private Investoren richtet

4. Rheinland-Pfalz setzt Regeln um und schafft finanzielle Sicherheit

Meine sehr geehrten Kollegen und Kolleginnen,

Jeder Flüchtling, der nach Rheinland-Pfalz kommt, wird gleich und menschlich aufgenommen. Alle haben Anspruch auf das gleiche rechtsstaatliche Verfahren.

Genauso klar sage ich aber auch: Wenn jemand kein Recht hat, bei uns zu bleiben, muss der Aufenthalt zügig beendet werden, möglichst freiwillig, ansonsten zwangsweise. Und ich sage da: Zum humanitären Umgang miteinander gehört auch, dass wir die freiwillige Rückkehr soweit es geht in den Mittelpunkt stellen. Und die Praxis gibt uns auch Recht: Die freiwillige Rückkehr, sie ist wirksamer, sie ist schneller und sie ist kostengünstiger als die zwangsweise Rückführung und wird daher zu Recht von uns gefördert. Das handhaben im Übrigen auch viele Landräte so, zum Beispiel in Trier-Saarburg, zum

Beispiel in Bad-Kreuznach, zum Beispiel in Rhein-Hunsrück, zum Beispiel in Altenkirchen oder auch Cochem-Zell.

Wir als Land betreiben unsere Rückkehrberatung bereits aus der Erstaufnahme heraus, noch bevor das Asylverfahren abgeschlossen wurde. Und weil der Bund mit seinen Verfahren nicht vorankommt, machen wir dies sogar häufig, bevor ein Verfahren überhaupt begonnen wurde. Der Bund hat uns bescheinigt, dass diese Arbeit vom Land „vorbildlich organisiert“ wird. Um die Verfahren endlich zu beschleunigen, haben wir dem BAMF sogar eigenes Personal im Wege der Amtshilfe angeboten. Um es hier auch noch einmal klar zu sagen: **Wir können nur Personen abschieben, deren Asylverfahren dort abgeschlossen ist. Vor dem Hintergrund, dass das BAMF bis Ende August in Rheinland-Pfalz überhaupt erst 2590 ablehnende Entscheidungen für Erstanträge getroffen hat, geben uns die Zahlen doch recht, denn bereits 2.846 Menschen sind in diesem Jahr bis zum 31. August in ihre Heimat zurückgekehrt. Dies ist die einzig aussagekräftige Zahl, nicht wie viele „Abschiebungen“ es gegeben hat. Ich bin stolz, dass wir unter Berücksichtigung der Aufnahmequote das Bundesland mit den meisten freiwilligen Ausreisen sind. Deswegen verstehe ich diese Diskussion am Ende gar nicht mehr. Eine Abschiebung setzt voraus, dass es eine rechtskräftige Entscheidung im Asylverfahren gibt.**

Was dabei die **Asylgerichtsverfahren** angeht, so sind sie **in Rheinland-Pfalz die schnellsten und effektivsten im bundesweiten Vergleich**. Und zwar mit der Zielgröße von 14 Tagen. Wenn die Zahlen weiter so dynamisch bleiben, wird der Justizminister auch weitere Richterstellen zur Verfügung stellen. Was zwischen Bund und Ländern hierzu vereinbart worden ist, das erfüllen wir hier in Rheinland-Pfalz schon längst.

Mit steigenden Asylzahlen steigt natürlich aber auch die Bedeutung der Rückführungen, die eine Kernaufgabe der kommunalen Ausländerbehörden sind. Ich habe daher mit den Kommunen besprochen:

- dass bei allen Erstaufnahmeeinrichtungen die Kommunalen Ausländerbehörden mit insgesamt 20 Stellen verstärkt werden.
- die Clearingstelle in Trier, die alle kommunalen Ausländerbehörden bei der Rückführung unterstützt, mit vier Vollzeitstellen zu verstärken wird.
- die Landesinitiative Rückkehr finanziell ausgeweitet wird: Indem wir landesweit zusätzlich insgesamt 65 Stellen in Ausländerbehörden bezuschussen.
- Ferner haben wir uns beim Bund dafür eingesetzt, dass in Koblenz bei der Bundespolizei eine Zentralstelle zur Passersatzbeschaffung eingerichtet wird, um die Kommunen zu

unterstützen, wenn Ausweisdokumente für eine Rückführung fehlen.

- Sobald der Bund seine Verfahrenszusagen beim Bundesamt einhält, Antragsteller vom Westbalkan auch unmittelbar zu bearbeiten, werden wir Rückführungen auch aus der Erstaufnahme schneller organisieren können.

Wir schaffen aber auch finanziell Handlungssicherheit für alle, die aktuell mit der Flüchtlingsaufnahme befasst sind. Mit unserem **Nachtragshaushalt, der heute zur Abstimmung ansteht, werden wir die Erstaufnahmekapazitäten des Landes weiteraufbauen und unsere Kommunen auch bei der Flüchtlingsunterbringung unterstützen.** Mit den 195 Mio. Euro des Nachtrages werden fünf Maßnahmen finanziert:

1. Wir unterstützen die Kommunen bei der Flüchtlingsaufnahme.
2. Wir geben die originären Bundesmittel aus der Flüchtlingsmilliarde eins zu eins an die Kommunen weiter.
3. Wir bauen die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes für Flüchtlinge aus.
4. Wir stocken das Bundesprogramm für kommunale Investitionen um 31,7 Mio. Euro auf.
5. Wir zahlen an die Kommunen 25 Mio. Euro für den Ausbau der Betreuung der unter Dreijährigen.

Bei der Unterstützung der Kommunen für die Flüchtlingsaufnahme und beim Ausbau der Erstaufnahmekapazitäten des Landes werden wir angesichts der angepassten Prognose des Bundes zu steigenden Flüchtlingszahlen mit den veranschlagten zusätzlichen Mitteln nicht hinkommen. In Abstimmung mit den Vorsitzenden der regierungstragenden Fraktionen habe ich aufgrund der neuen Prognosen vorgeschlagen, die 195 Mio. Euro des Nachtragshaushalts um weitere 30 Mio. aufzustocken.

5. Im Bund müssen endlich Weichen gestellt werden

Meine sehr verehrten Herren und Damen,

die Bundesregierung hat Anfang des Monats entschieden, Tausenden Flüchtlingen, die in Ungarn unter unwürdigen Bedingungen ausharrten, die Reise nach Deutschland zu erlauben. Ich sage: **Diese Entscheidung war und ist aus humanitärer Sicht absolut richtig gewesen.** Deutschland konnte Menschen helfen und Deutschland hat Menschen geholfen.

Seit dieser Entscheidung hat sich die Grundlage der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen verändert. Einerseits hat die Bundeskanzlerin ein richtiges Signal gesendet und menschlich gehandelt. Andererseits hat die Bundesregierung erst vergangene Woche erste Vorschläge

zur Unterstützung bei Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen unterbreitet. Die 40.000 Erstaufnahmeplätze, die die Bundesregierung finanziert, sind ein wichtiger Schritt. Sie werden aber bei weitem nicht ausreichen, sie werden uns nur etwas Luft verschaffen.

Ich kritisiere nicht die Haltung der Bundeskanzlerin zur Aufnahme, das ist auch meine Haltung. Aber die Bundesregierung unter ihrer Führung hat die **Folgen dieser Entscheidungen nicht ausreichend bedacht** und Länder und Kommunen mit der Bewältigung weitgehend alleine gelassen.

Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gibt es leider nur sehr langsam. Dabei liegen die Probleme doch offen zutage. Morgen treffen wir uns erneut in Berlin. Und ich erwarte endlich konkrete Ergebnisse und Zusagen, die auch schnell umgesetzt werden können.

Die Priorität Nummer 1 bleibt die Beschleunigung der Verfahren. Hier muss der Bund alles auf den Prüfstand stellen, um das wichtigste Ziel zu erreichen: Schnelle Klarheit darüber, welche Flüchtlinge asylberechtigt sind und somit bleiben dürfen und welche nicht. Derzeit hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 20 Entscheider in Rheinland-Pfalz. Ich wiederhole es nochmal: zwanzig. Das ist nicht akzeptabel bei etwa 5.000 neuen Flüchtlingen alleine im September und bei über 20.000 Flüchtlingen bislang in diesem Jahr. Deswegen sind Fälle wie

der eines syrischen Flüchtlings nicht verwunderlich, der Anfang September zu uns gekommen ist und vom Bundesamt seinen ersten Termin zur Antragstellung im Mai 2016 bekommen hat. Dieser Fall macht einfach klar, dass die langsamen Verfahren die Achillesferse in der Flüchtlingsfrage sind. Und deshalb machen wir diesen Druck und deshalb appellieren wir an die Bundesregierung: Werfen Sie hier endlich das Ruder herum, da war bisher zu viel Aktendeckel-Mentalität. Ich erwarte morgen konkrete Zusagen, die auch schnell umgesetzt werden!

Das zweite große Thema morgen wird natürlich sein. Wir werden uns über Geld einigen müssen. Durch die Entscheidung der Bundesregierung sind einseitig Ländern und Kommunen Milliardenlasten auferlegt worden. Die unbearbeiteten Altfälle bringen leider dauerhaft obendrein noch Zusatzkosten.

Ich bleibe dabei, die Bundesregierung muss ihre Verabredung einhalten, sich fair, dauerhaft und dynamisch an den Kosten zu beteiligen. Ich sage das schon lange. Ich habe meine Meinung auch nie geändert an dieser Stelle. Wir brauchen eine Pauschale pro Flüchtling. Die bisher angebotene pauschale Summe von 3 Milliarden Euro ist unzureichend. Kommen mehr Flüchtlinge, muss der Bund auch mehr bezahlen.

Ich habe mit unseren kommunalen Spitzenverbänden vereinbart, dass wir uns sofort zusammensetzen, sobald eine Vereinbarung mit dem Bund steht. Wenn wir uns am

Donnerstag einigen, geht am Freitag früh eine Einladung an die kommunalen Spitzenverbände raus, um mit Ihnen gemeinsam die Verteilung der Mittel zu regeln. Ich gehe von einer Einigung in Berlin aus

Und da gibt es noch ein weiteres Thema, bei dem der Bund gefragt ist, bei dem er aber leider immer noch nicht handlungsfähig ist. Der Grund für ein Einwanderungsgesetz liegt auf der Hand: Es kommen gerade aus dem Westbalkan viele Menschen als Flüchtlinge zu uns in der Hoffnung auf Arbeit und ein besseres Leben. Sie sind zumeist aber keine Flüchtlinge, die Anspruch auf Asyl haben. Mit einem Einwanderungsgesetz könnten wir zumindest einigen von ihnen eine Perspektive geben, die sie derzeit nicht haben.

Lassen Sie mich Kardinal Reinhard Marx, den Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, kurz zitieren. Er hat uns alle in einem Fernsehinterview Ende August (Quelle: 30.8. Tagesthemen) zum einen gemahnt, der Bau von Zäunen an den Grenzen könne nicht akzeptiert werden. Und er hat gesagt: Ich glaube, dass wir legale Wege brauchen. Gemeint sind (ich zitiere) „legale und legitime Wege“ zur Einwanderung jenseits von Asylanträgen. Wörtlich: „Wir brauchen ein Einwanderungsgesetz.“

Meine Herren und Damen,

verstehen Sie, warum manche da so zögern, wenn die Spitzenvertreter der christlichen Kirchen es deutlich und schnell fordern? Ja, wir brauchen jetzt ein Einwanderungsgesetz und zwar nicht erst 2017. Es kann nicht länger sein, dass so vielen ein Asylantrag als der leichteste Weg zur Einwanderung erscheint. Und ich sage dazu, damit da keine Missverständnisse aufkommen: **Wer ein Einwanderungsgesetz will, muss sich zur Einwanderung genauso bekennen wie zu ihren Grenzen.** Das heißt, dass wir festlegen können bei einem Einwanderungsgesetz wie viele Menschen mit welcher Qualifikation und welche Berufe wir brauchen. Damit hätten die Menschen einen Weg und müssten nicht hierher flüchten.

Klarheit und Wahrheit: Das ist auch hier wichtig. Denn was wir jetzt neu regeln, muss Bestand haben.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CDU, ich sehe, dass Sie beginnen, ihre Position zu überdenken. Ich sage dazu: Dann überdenken Sie bitte konsequent. Bleiben Sie nicht bei ein paar neuen Überschriften stehen. Dann biete ich Ihnen ausdrücklich an, dass wir einen gemeinsamen Weg finden können. Aber dann bitte jetzt und nicht erst in zwei Jahren.

6. Wir brauchen mehr und nicht weniger Europa

Sehr geehrte Damen und Herren,

letztlich ist und bleibt die Bewältigung der Flüchtlingsfrage eine europäische Frage. **Was wir da in den vergangenen Wochen erlebt haben, war mir persönlich peinlich. Es war Blockadepolitik statt Solidarität und es war sehr chaotisch.** Sind wir in Europa wirklich so weit gekommen, dass alle nur noch überlegen, wie sie schwierige Themen von sich fernhalten können?

Wir erleben gerade, wie schnell es dann geht, dass selbst Kernelemente unseres europäischen Zusammenwachsens in Frage stehen. Ich spreche vom Schengen-Abkommen. Dieses **Schengen-Abkommen ist eine zentrale Errungenschaft der Europäischen Union**, besonders für die Grenzregion Rheinland-Pfalz. Wir alle leben in diesen Grenzregionen. Auch wenn ich der Entscheidung, vorübergehend im Süden wieder Grenzkontrollen durchzuführen, zugestimmt habe, so muss doch klar sein, dass sie nur vorübergehend sein können.

Heute erst, in diesen Stunden, treffen sich in Brüssel die Staats- und Regierungschefs. Nach politisch verlorenen Wochen aus meiner Sicht.

Von dem Brüsseler Gipfel heute erwarte ich, dass Europa endlich aufwacht.

Das heißt zum einen, dass in dieser Ausnahmesituation die **Transitländer** von Deutschland nicht alleine gelassen werden dürfen. Die EU muss außerdem eine „**Westbalkanstrategie**“ auflegen. Entwicklungschancen für diese Staaten und ihre

junge Bevölkerung sind für die Zukunft Europas von aller größter Wichtigkeit. Wenn das nicht gelingt, bleibt der Migrationsdruck aus diesen Ländern dauerhaft hoch.

Ich halte es auch für dringend geboten, dass Deutschland und die europäischen Partner den nahe Syrien gelegenen größten **Flüchtlingscamps eine Soforthilfe, zum Beispiel sind 1,5 Milliarden Euro vorgeschlagen worden**, zur Verfügung stellen. Und dass die Vereinten Nationen ihren Einsatz verstärken. Die bevorstehende UN-Generalversammlung wird dafür hoffentlich neue Impulse geben. Ja, wir müssen auch dort endlich hinsehen und handeln, statt die Augen zu verschließen. Gerade spüren wir sehr konkret, dass sich die Zukunft von Europa auch außerhalb von Europa entscheidet. Willy Brandt nannte es: Weltinnenpolitik. Eine Politik die weit über Nationale, Europäische Grenzen hinausgeht.

Hier in Rheinland-Pfalz, in einer Region vieler gefallener Grenzen, erleben wir tagtäglich, wie sehr uns das geeinte Europa bereichert. Aus wirtschaftlichen Gründen ganz wortwörtlich. Aber immer zugleich, weil wir die gemeinsame Wertebasis spüren. Die europäische Idee ermöglicht uns Wohlstand und Freiheit, Vielfalt und Sicherheit und auch Solidarität.

Ich bin hier ganz klar: Keiner in Europa ist nur für sich alleine da. Wir sind eine Solidargemeinschaft. Wenn diese Gemeinschaft bei der Fluchtaufnahme nicht funktioniert, dann

wird sie zunehmend auch nicht mehr bei der solidarischen Umverteilung von Agrargeldern oder aus den Strukturfonds funktionieren können. Der Präsident der Europäischen Kommission hat Recht. Es gibt hier zu wenig Europa und zu wenig Union!

7. Den Zusammenhalt stärken

Meine sehr verehrten Kollegen und Kolleginnen,

wir sollten uns keine Illusionen machen über die Größe der Herausforderung. Es wird Rückschläge geben und nicht jede Anstrengung ist bei allen populär. Aber wir können aus eigener Erfahrung sagen: Es lohnt sich für alle, weltoffen zu sein. **Solidarität und Perspektive gehören zusammen. Wir praktizieren Solidarität und wir arbeiten zugleich an neuen Perspektiven für unser Land.**

Ich habe Ihnen die Werte, entlang derer wir handeln, und die konkreten Maßnahmen heute dargelegt.

- **Rheinland-Pfalz zeigt angesichts dieser Herausforderung Kraft und Haltung.**
- **Rheinland-Pfalz hat schnell gehandelt und stellt die Chancen von Integration in den Mittelpunkt.**

- **Rheinland-Pfalz verfolgt dabei ein Konzept, das die Belange aller Bürger und Bürgerinnen sieht und unsere gemeinsamen Regeln durchsetzt.**
- **Und: Rheinland-Pfalz fordert vom Bund und der EU, dass nun endlich auch sie entschlossen anpacken, wo das bisher fehlte.**
- **Von den Gipfeltreffen heute in Brüssel und morgen in Berlin erwarten wir konkrete Lösungen!**

Wir sind stark gefordert - aber wir sind nicht überfordert. Weil wir engagiert zusammenarbeiten und uns in Solidarität mit der Bevölkerung sehen.

Und weil es eine besondere Situation ist möchte mich über das Parlament hinaus heute aber auch direkt an die Menschen unseres Landes wenden.

Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen,

wir alle erleben in diesen Tagen, dass so viele Menschen vor Krieg und Verfolgung zu uns flüchten wie seit Jahrzehnten nicht mehr.

Die Behörden des Landes tun alles Menschenmögliche, um der organisatorischen Herausforderung für Unterkunft, Verpflegung und Betreuung gerecht zu werden und Sicherheit zu gewährleisten.

Wir werden dabei nur erfolgreich sein, wenn alle mithelfen. Wenn auch Sie in Ihrem persönlichen Umfeld für Offenheit werben und Offenheit und Solidarität praktizieren. In den Vereinen und Verbänden, in der Nachbarschaft und sehr persönlich. Und wenn wir alle klar widersprechen, wo immer sich Ressentiments oder gar Hass zeigen.

Die Landesregierung steht dafür, immer die gesamte Gesellschaft im Blick zu behalten. Alle Menschen mit geringen Einkommen, Menschen die Zugang zum Arbeitsmarkt suchen und Benachteiligte brauchen unsere Hilfe und das Land steht für diese Hilfe ein. Solidarität für Menschen in Not ist nun mal unteilbar. Genau deshalb lassen wir es nicht zu, dass die eine Gruppe gegen eine andere ausgespielt wird.

Wir stehen bei der Aufnahme von Flüchtlingen jetzt vor einem Thema, das uns auf Jahre hin beschäftigen wird. Viele derer, die kommen, werden bleiben, und wir können sie gut gebrauchen. Aber das geht nur gut, wenn neben der Erstversorgung von Beginn an der Weg zur Integration geöffnet wird, zu dem immer beide Seiten beitragen müssen.

Das ist ein Weg, der klare Regeln braucht, für deren Einhaltung wir sorgen werden. Ein Weg der Verlässlichkeit und der neuen Möglichkeiten, vor allem aber ein Weg der humanitären Verantwortung, im besten Sinne der Nächstenliebe.

Wir werden weiter mit allem Nachdruck an der Verbesserung der Lebensverhältnisse für alle Menschen in unserem Land arbeiten. Denn Solidarität wird umso besser gelingen, wenn unsere Gesellschaft als Ganzes stark bleibt. Und wenn die europäische Idee sich gerade jetzt bewährt. Ich hoffe sehr, dass das gelingt.

Das ist unser Weg.

Lassen Sie uns diesen Weg gemeinsam gehen. Und lassen Sie uns dabei die Geschichte unseres eigenen Landes im Gedächtnis behalten.

Eine Geschichte, die immer wieder auch schwierig war – vor allem am Anfang, nach Faschismus, Krieg und Zerstörung. Eine Geschichte aber auch, die zur Erfolgsgeschichte wurde. Weil wir dazugelernt haben, weil wir weltoffen wurden. Und weil wir zusammen angepackt haben.

Ich danke Ihnen.